

Die Wicumverhandlungen.

Geschehen des bisherigen Zustandes

Über den 15. April hinaus unmöglich.

W.D.S. meldet: Die kritische Kaufsitzung, die auf Grund einer neuen Vereinbarung zwischen der Sachverständigenkommission und dem Wicum in Zukunft an Stelle der momentalen Kohlenlieferungen der Bechen eine feste Diamantmenge treten soll, ist bereits ausgeschwiegert worden. Es wurde dabei mitgeteilt, daß eine solche Vereinbarung nicht zustande gekommen ist, die Verhandlungen darüber ziehen auf den 25. Februar verzögert werden sind.

Auf Grund der jetzt vorliegenden eingehenderen Berichte über die Verhandlungen zwischen der Sachverständigenkommission und dem Wicum in Düsseldorf können auch die weiteren Preismeldungen über die Verlängerung der Wicum-Berträge über den 15. April hinaus richtiggestellt werden. Bei den oben erwähnten Verhandlungen hat die Wicum allerdings versucht, auch dieses Thema anzuschnüren. Die Sachverständigenkommission hat sich in fachlichen Verhandlungen darüber jedoch nicht eingelassen sondern die Unmöglichkeit der Verlängerung des Vertragsschemas grundsätzlich und auf das bestimmt abgelehnt. Sie hat darüber keinen Zweifel gelassen, daß Kohlenlieferungen auf Grund des Wicum-Bertragsschemas nach dem 15. April nicht mehr stattfinden können. Es war seinerzeit beim Abschluß der Wicum-Berträge von Anfang an darauf hingewiesen worden, daß ein Dieselsystem, bei dem die Kohlenzuschüttungen bis zu 40 Prozent ihrer laufenden Kohlenförderung machen müssen, ohne gleichzeitige Bezahlung zu erhalten, nur auf kurze Zeit durchgeholt werden kann für längere Zeit aber undurchführbar ist.

Kleine politische Meldungen.

Deutsche Banknotenbank. Infolge der drückenden Kreditnot, unter der die deutsche Wirtschaft leidet, hat Dr. Schacht Berlin verlassen, um im Einvernehmen mit den Sachverständigen bereits jetzt Verhandlungen für die Errichtung der Goldnotenbank zu führen, ohne den Bericht der Sachverständigen abzuwarten.

Die Änderung der Zivilprozeßordnung ist nun auf der Grundlage des Ermächtigungsgegesetzes erfolgt. Der Reichsregierung veröffentlicht eine Verordnung über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vom 18. Februar 1924, die den Zivilprozeß grundlegend umgestaltet. Aus dem Inhalt der umfangreichen Verordnung sei vorerst nur hervorgehoben, daß die Herrschaft der Parteien über den Prozeß, sowie die Befugnis, während der ganzen Dauer des Prozesses neue Behauptungen vorzutragen, wesentlich eingeschränkt ist, daß das obligatorische Güterverfahren zur Einführung gelangt und daß die Bestimmungen über das Schiedsgerichtsverfahren modernisiert sind.

Rahm's Arbeitspflichtgesetz. In dem Gesetzentwurf, den v. Rahe eingereicht hat, heißt es u. a. „daß die Arbeitspflicht ein wirtschaftlicher Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes sein kann als die produktive Erwerbslosenversorgung, daß Möglichkeiten zur wertschaffenden Beschäftigung der Arbeitspflichtigen vorhanden seien und daß die Notwendigkeit bestehe, die heranwachsende Jugend ohne Rücksicht auf Beruf und gesellschaftliche Herkunft zur Einordnung in das Staatsleben zu erziehen.“ Als Dauer der Arbeitspflicht kommt für die Männer die Zeit vom 20. bis 30. und für die Frauen die Zeit vom 18. bis 25. Lebensjahr, als Dauer des Arbeitsdienstes für die Männer ein Jahr, für die Frauen ein halbes Jahr in Betracht. Die regelmäßige berufliche Ausbildung dürfe durch den Arbeitsdienst keine Unterbrechung erfahren. Es erscheine verfassungsgleich fraglich, ob dieser Versuch v. Rahe überhaupt angängig, vor allem aber, ob er gänzlich genannt werden kann.

Deutsch-tschechisches Abkommen. Die Besprechungen zwischen der deutschen und der tschechoslowakischen Regierung über die Regelung einiger schwebenden Wirtschaftsfragen sind am Freitag zum Abschluß gekommen. Das darüber aufgenommene Protokoll ist von dem Vorsitzenden der deutschen Delegation, Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt v. Stockmann, und dem Vorsitzenden der tschechischen Delegation, Legationsrat Dr. J. Šík, gezeichnet worden. Gleichzeitig wurde zwischen den beiden Vorsitzenden ein Notenwechsel ausgetauscht, durch den auch weiterhin die wechselseitige Weisungsbestätigung sichergestellt wird.

Wilson's letzter Willen. Der „Corriere della Sera“ meldet aus New York: Wilsons abschließender Band zu seinen Memoiren wird entgegen den bisherigen Mitteilungen vorläufig nicht erscheinen. Wie Wilsons Witwe einen Pressevertreter mitteilte, bestimmt Wilson, daß alle hinterlassenen politischen Aufzeichnungen erst 10 Jahre nach seinem Tode veröffentlicht werden dürfen. Da wirkt man also in 10 Jahren erfahren, was alles für Versäuffer Schwundel stattgefunden hat.

Frankreichs Kredite an seine Verbündeten. Der „German-American World“ entnimmt dem „New York World“ eine Aufstellung der Summen, die Frankreich nach Abschluß des Waffenstillstandes seinen Verbündeten im Osten gewöhnt hat, um sie seiner Politik gefügig zu machen. Danach erhielten:

| | |
|-----------------------------------|--------------------------|
| Polen | 1 056 000 000 Pf. Sterl. |
| Ungarn | 1 795 000 000 Pf. Sterl. |
| Rumänien | 1 181 000 000 Pf. Sterl. |
| die Tschechoslowakei | 574 000 000 Pf. Sterl. |
| das antihabsburgistische Russland | 481 000 000 Pf. Sterl. |
| Österreich | 600 000 Pf. Sterl. |
| Italien | 11 000 000 Pf. Sterl. |

Summe 5 104 000 000 Pf. Sterl.
Die Zeitung bemerkt dazu, daß unter diesen Umständen Amerika noch lange auf die Bezahlung der Schulden Frankreichs warten müssen. Frankreich will ja sogar die Annulierung seiner Schulden!

Landtag.

(Schluß des Berichts über die Donnerstagssitzung.)
W.D.S. Dr. Rastner (Dem.) begründet den Antrag seiner Fraktion auf Aufhebung der sogenannten Marktstandgerichte. Die Marktstandgerichte seien wirkungslos.

Sie hätten der Leistungsfähigkeit nur Sand in die

Augen gestreut. Durch die Buchgerichte habe man bloß erreicht, daß die Waffe aufseitig dahin geführt wurden, wo nicht die Ursachen der Wirtschaftskatastrophe lagen, sondern die Wirkungen in die Erziehung traten. Die Marktstandgerichte gingen mit einer rigorosen Härte vor. Was dem schlimmsten Verbrecher zugestanden wäre, ein ordnungsmäßiges Verfahren sei dem Kaufmann versagt worden. Weiter wendet sich der Redner gegen die Preisprüfungsstellen.

Hierzu liegt ein besonderer Antrag der deutsch-nationalen Fraktion vor, durch den die Regierung erachtet wird, die Landespreisprüfungsstellen unverzüglich aufzuheben. W.D.S. Schreiber (DN.) begründet diesen Antrag. Der Redner stimmt im Auftrage seiner Fraktion der Auflösung der Marktstandgerichte zu und beantragt ferner, daß die auf dem Verordnungsweg festgelegte Spanne zwischen Stalls und Marktpreisen bei Schlachtvieh aufgehoben werde. Die Preisprüfungsstellen hätten ihre Befugnisse überschritten, da sie sich auch anmaßen, die Preise festzulegen. Ihre Tätigkeit richte sich in erster Linie gegen die Landwirtschaft. Die Preisprüfungsstellen seien ein Kompromiß mit der Strafverfolgung, der verbrauchenden Bevölkerung müsse bestraft werden, aber dazu seien besondere Gerichte unnötig.

W.D.S. Pagenstecher (DN.) gibt die Begründung des Antrages auf Herauslösung der Buttersteuer. Die Landwirtschaft sei einmitig gegen die Steuer. Nicht nur die Landwirtschaft wehre sich gegen die Steuer, sondern auch das Fuhrwerksgewerbe und die Industrie. — Die vier Anträge gehen ohne Aussprache an den Haushaltsausschuss.

Von Stadt und Land.

Am. 16. Februar.

Proteste gegen die beabsichtigte Aufhebung des Belagerungszustandes.

Sächsische Industrie und Landwirtschaft.

Wie die D. M. R. mitteilen, hat der Verband Sächsische Industrieller, die Vertretung der gesamten sächsischen Industrie, Protesttelegramme wegen der beabsichtigten Aufhebung des Ausnahmezustandes an den Reichskanzler und an General v. Seeckt abgefaxt. Ebenso hat der Sächsische Haubau und die Organisation der gesamten sächsischen Landwirtschaft schärfsten Protest gegen die Aufhebung durch Telegramme an den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Reichsnährungsminister und General v. Seeckt eingelegt.

Die Deutsche Volkspartei.

Der Wahlkreisverband Ostsachsen der Deutschen Volkspartei hat an die Reichsregierung und an die zuständigen Stellen folgendes Telegramm geschickt:

„Jüngste kommunistische Unruhen (Bombenattentate, Aufruhr, Anschläge) lassen bei vorzeitiger Aufhebung des Ausnahmezustandes neue schwerste Schäden an den Reichskanzler und an General v. Seeckt absehbar. Ebenso hat der Sächsische Haubau und die Organisation der gesamten sächsischen Landwirtschaft schärfsten Protest gegen die Aufhebung durch Telegramme an den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Reichsnährungsminister und General v. Seeckt eingelegt.

Die Deutsche Volkspartei. Der Wahlkreisverband Ostsachsen der Deutschen Volkspartei hat an die Reichsregierung und an die zuständigen Stellen folgendes Telegramm geschickt:

„Jüngste kommunistische Unruhen (Bombenattentate, Aufruhr, Anschläge) lassen bei vorzeitiger Aufhebung des Ausnahmezustandes neue schwerste Schäden an den Reichskanzler und an General v. Seeckt absehbar. Ebenso hat der Sächsische Haubau und die Organisation der gesamten sächsischen Landwirtschaft schärfsten Protest gegen die Aufhebung durch Telegramme an den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Reichsnährungsminister und General v. Seeckt eingelegt.

Die Deutsche Volkspartei. Der Wahlkreisverband Ostsachsen der Deutschen Volkspartei hat an die Reichsregierung und an die zuständigen Stellen folgendes Telegramm geschickt:

„Jüngste kommunistische Unruhen (Bombenattentate, Aufruhr, Anschläge) lassen bei vorzeitiger Aufhebung des Ausnahmezustandes neue schwerste Schäden an den Reichskanzler und an General v. Seeckt absehbar. Ebenso hat der Sächsische Haubau und die Organisation der gesamten sächsischen Landwirtschaft schärfsten Protest gegen die Aufhebung durch Telegramme an den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Reichsnährungsminister und General v. Seeckt eingelegt.

Die Deutsche Volkspartei. Der Wahlkreisverband Ostsachsen der Deutschen Volkspartei hat an die Reichsregierung und an die zuständigen Stellen folgendes Telegramm geschickt:

„Jüngste kommunistische Unruhen (Bombenattentate, Aufruhr, Anschläge) lassen bei vorzeitiger Aufhebung des Ausnahmezustandes neue schwerste Schäden an den Reichskanzler und an General v. Seeckt absehbar. Ebenso hat der Sächsische Haubau und die Organisation der gesamten sächsischen Landwirtschaft schärfsten Protest gegen die Aufhebung durch Telegramme an den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Reichsnährungsminister und General v. Seeckt eingelegt.

Die Deutsche Volkspartei. Der Wahlkreisverband Ostsachsen der Deutschen Volkspartei hat an die Reichsregierung und an die zuständigen Stellen folgendes Telegramm geschickt:

„Jüngste kommunistische Unruhen (Bombenattentate, Aufruhr, Anschläge) lassen bei vorzeitiger Aufhebung des Ausnahmezustandes neue schwerste Schäden an den Reichskanzler und an General v. Seeckt absehbar. Ebenso hat der Sächsische Haubau und die Organisation der gesamten sächsischen Landwirtschaft schärfsten Protest gegen die Aufhebung durch Telegramme an den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Reichsnährungsminister und General v. Seeckt eingelegt.

Die Deutsche Volkspartei. Der Wahlkreisverband Ostsachsen der Deutschen Volkspartei hat an die Reichsregierung und an die zuständigen Stellen folgendes Telegramm geschickt:

„Jüngste kommunistische Unruhen (Bombenattentate, Aufruhr, Anschläge) lassen bei vorzeitiger Aufhebung des Ausnahmezustandes neue schwerste Schäden an den Reichskanzler und an General v. Seeckt absehbar. Ebenso hat der Sächsische Haubau und die Organisation der gesamten sächsischen Landwirtschaft schärfsten Protest gegen die Aufhebung durch Telegramme an den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Reichsnährungsminister und General v. Seeckt eingelegt.

Die Deutsche Volkspartei. Der Wahlkreisverband Ostsachsen der Deutschen Volkspartei hat an die Reichsregierung und an die zuständigen Stellen folgendes Telegramm geschickt:

„Jüngste kommunistische Unruhen (Bombenattentate, Aufruhr, Anschläge) lassen bei vorzeitiger Aufhebung des Ausnahmezustandes neue schwerste Schäden an den Reichskanzler und an General v. Seeckt absehbar. Ebenso hat der Sächsische Haubau und die Organisation der gesamten sächsischen Landwirtschaft schärfsten Protest gegen die Aufhebung durch Telegramme an den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Reichsnährungsminister und General v. Seeckt eingelegt.

Die Deutsche Volkspartei. Der Wahlkreisverband Ostsachsen der Deutschen Volkspartei hat an die Reichsregierung und an die zuständigen Stellen folgendes Telegramm geschickt:

„Jüngste kommunistische Unruhen (Bombenattentate, Aufruhr, Anschläge) lassen bei vorzeitiger Aufhebung des Ausnahmezustandes neue schwerste Schäden an den Reichskanzler und an General v. Seeckt absehbar. Ebenso hat der Sächsische Haubau und die Organisation der gesamten sächsischen Landwirtschaft schärfsten Protest gegen die Aufhebung durch Telegramme an den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Reichsnährungsminister und General v. Seeckt eingelegt.

Die Deutsche Volkspartei. Der Wahlkreisverband Ostsachsen der Deutschen Volkspartei hat an die Reichsregierung und an die zuständigen Stellen folgendes Telegramm geschickt:

„Jüngste kommunistische Unruhen (Bombenattentate, Aufruhr, Anschläge) lassen bei vorzeitiger Aufhebung des Ausnahmezustandes neue schwerste Schäden an den Reichskanzler und an General v. Seeckt absehbar. Ebenso hat der Sächsische Haubau und die Organisation der gesamten sächsischen Landwirtschaft schärfsten Protest gegen die Aufhebung durch Telegramme an den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Reichsnährungsminister und General v. Seeckt eingelegt.

Die Deutsche Volkspartei. Der Wahlkreisverband Ostsachsen der Deutschen Volkspartei hat an die Reichsregierung und an die zuständigen Stellen folgendes Telegramm geschickt:

„Jüngste kommunistische Unruhen (Bombenattentate, Aufruhr, Anschläge) lassen bei vorzeitiger Aufhebung des Ausnahmezustandes neue schwerste Schäden an den Reichskanzler und an General v. Seeckt absehbar. Ebenso hat der Sächsische Haubau und die Organisation der gesamten sächsischen Landwirtschaft schärfsten Protest gegen die Aufhebung durch Telegramme an den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Reichsnährungsminister und General v. Seeckt eingelegt.

Die Deutsche Volkspartei. Der Wahlkreisverband Ostsachsen der Deutschen Volkspartei hat an die Reichsregierung und an die zuständigen Stellen folgendes Telegramm geschickt:

„Jüngste kommunistische Unruhen (Bombenattentate, Aufruhr, Anschläge) lassen bei vorzeitiger Aufhebung des Ausnahmezustandes neue schwerste Schäden an den Reichskanzler und an General v. Seeckt absehbar. Ebenso hat der Sächsische Haubau und die Organisation der gesamten sächsischen Landwirtschaft schärfsten Protest gegen die Aufhebung durch Telegramme an den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Reichsnährungsminister und General v. Seeckt eingelegt.

Die Deutsche Volkspartei. Der Wahlkreisverband Ostsachsen der Deutschen Volkspartei hat an die Reichsregierung und an die zuständigen Stellen folgendes Telegramm geschickt:

„Jüngste kommunistische Unruhen (Bombenattentate, Aufruhr, Anschläge) lassen bei vorzeitiger Aufhebung des Ausnahmezustandes neue schwerste Schäden an den Reichskanzler und an General v. Seeckt absehbar. Ebenso hat der Sächsische Haubau und die Organisation der gesamten sächsischen Landwirtschaft schärfsten Protest gegen die Aufhebung durch Telegramme an den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Reichsnährungsminister und General v. Seeckt eingelegt.

Die Deutsche Volkspartei. Der Wahlkreisverband Ostsachsen der Deutschen Volkspartei hat an die Reichsregierung und an die zuständigen Stellen folgendes Telegramm geschickt:

„Jüngste kommunistische Unruhen (Bombenattentate, Aufruhr, Anschläge) lassen bei vorzeitiger Aufhebung des Ausnahmezustandes neue schwerste Schäden an den Reichskanzler und an General v. Seeckt absehbar. Ebenso hat der Sächsische Haubau und die Organisation der gesamten sächsischen Landwirtschaft schärfsten Protest gegen die Aufhebung durch Telegramme an den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Reichsnährungsminister und General v. Seeckt eingelegt.

Die Deutsche Volkspartei. Der Wahlkreisverband Ostsachsen der Deutschen Volkspartei hat an die Reichsregierung und an die zuständigen Stellen folgendes Telegramm geschickt:

„Jüngste kommunistische Unruhen (Bombenattentate, Aufruhr, Anschläge) lassen bei vorzeitiger Aufhebung des Ausnahmezustandes neue schwerste Schäden an den Reichskanzler und an General v. Seeckt absehbar. Ebenso hat der Sächsische Haubau und die Organisation der gesamten sächsischen Landwirtschaft schärfsten Protest gegen die Aufhebung durch Telegramme an den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Reichsnährungsminister und General v. Seeckt eingelegt.

Die Deutsche Volkspartei. Der Wahlkreisverband Ostsachsen der Deutschen Volkspartei hat an die Reichsregierung und an die zuständigen Stellen folgendes Telegramm geschickt:

„Jüngste kommunistische Unruhen (Bombenattentate, Aufruhr, Anschläge) lassen bei vorzeitiger Aufhebung des Ausnahmezustandes neue schwerste Schäden an den Reichskanzler und an General v. Seeckt absehbar. Ebenso hat der Sächsische Haubau und die Organisation der gesamten sächsischen Landwirtschaft schärfsten Protest gegen die Aufhebung durch Telegramme an den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Reichsnährungsminister und General v. Seeckt eingelegt.

Die Deutsche Volkspartei. Der Wahlkreisverband Ostsachsen der Deutschen Volkspartei hat an die Reichsregierung und an die zuständigen Stellen folgendes Telegramm geschickt:

„Jüngste kommunistische Unruhen (Bombenattentate, Aufruhr, Anschläge) lassen bei vorzeitiger Aufhebung des Ausnahmezustandes neue schwerste Schäden an den Reichskanzler und an General v. Seeckt absehbar. Ebenso hat der Sächsische Haubau und die Organisation der gesamten sächsischen Landwirtschaft schärfsten Protest gegen die Aufhebung durch Telegramme an den Reichskanzler, den Reichsinnenminister, den Reichsnährungsminister und General v. Seeckt eingelegt.

Die Deutsche Volkspartei. Der Wahlkreisverband Ostsachsen der Deutschen Volkspartei hat an die Reichsregierung und an die zuständigen Stellen folgendes Telegramm geschickt:

„Jüngste kommunistische Unruhen (Bombenattentate, Aufruhr, Anschläge) lassen bei vorzeitiger Aufhebung des Ausnahmezustandes neue schwerste Schäden an den Reichskanzler und an General v. Seeckt absehbar. Ebenso hat der Sächsische Haubau und die Organisation der gesamten sächsischen Landwirtschaft schärfsten Protest gegen die Aufhebung durch Telegramme an den Reich

Billigste Bezugssquelle für Wieder-Verkäufer, Kantinen und Gastwirte!

Großes Lager der Tabak-Fabriken:
Johann Pet. Raulino & Co., Bamberg,
Gebr. Cifwell, Bielefeld,
Carl Phillip Wwe. (Landtabak) München,
J. G. Kreller & Co., Leipzig,
F. Holting & Co., Bremen.

Cigaretten:
Greiling: Virginia - Osib - Blau - Grün.
Lessing: Cambyses - Larida - Plaza - Musaff.
Bonitas: Kemal - Trampf - Extra.
Wenzel & Co.: Age - Abtoly - Kasino.
Eckstein Gold - Ramses - Pico extra usw.

Cigarren, nur beste Qualitäten, Kautabak und Schnupftabak.
Sämtliche Fabrikate empfohlen zu Original-Fabrikpreisen, bei größeren Aufträgen Sonder-Rabatte. Lieferung franco.

Tabak-Fabrikate Gotthold Meichsner, Schönheide, Telephon Nr. 174.

Die aromatische 25-pfg.-Riegel Seife

Ist ohne Gleichen, da aus allerbesten Rohstoffen hergestellt. + Verkauf bei

Bernh. Lang, Aue, Seifengeschäft, Reichstr. 3.

RUNDFUNK -
Empfangs-Apparate, Antennen, Batterien,
Zubehör- und Ersatzteile.
Elektr.-Ges. Haas & Stahl m. b. H., Aue.

VORFÜHRUNGEN
in unseren Geschäftsräumen zwischen 8.30-10.30 abends bei vorheriger Anmeldung.

Tägliche Vorführungen
mit den von uns gebauten Anlagen:
AUE: Hotel Burg Wettin.
SCHNEEBERG: Restaurant Ratskeller.
SCHWARZENBERG: Hotel Ratskeller.

Ihre Verlobung geben bekannt

Silvia Arnold
Willi Förster

Aue, am 17. Februar 1924.

Nur 14 Tage! Billige Nur 14 Tage!
Emailierte Kochgeschirre

Fritz Voigt, Aue, Wettinerstr. - Ede Alberts.

Plüschsolas

Rüschensolas
Matratzen
Betttüllen
Kleiderbüchsen
Rüschenbüchsen
Kompl. Rüschen
Schlafzimmer
Spiegel, Spiegelböden
Tische, Stühle, Bilder
verkauf
Möbel Schmidt,
Albertstr. 6. Rein haben.

Linoleum

Tischlinoleum
in sämtlichen Qualitäten und Breiten.

Möbelfabriken - Tischler
Tapezierer - Maler
erhalten besonderen Rabatt.

Spezialhaus
Camillo Gebhardt

Ecke Bahnhofstraße AUE Ecke Reichstraße

Bedenkt. herabges. Preise
für Gummi-Besohlung.

Ohne Rohr! Nur bestes Material! Ohne Rögel!
Herrn-Schuhe, Schläfen u. Übungs 2.25 bis 2.75 M.
Damen-Schuhe, : : : 1.80 : 2.25
Kinder-Schuhe, : : : 1.00 : 2.25
Bübfe, Aue, Wettinerstr. 26.

Bücherrevisor
Arthur Bochmann
Teleph. 1968 Chemnitz Moritzstr. 37, L.
Goldmarkbilanzen, Steuerberatungen,
Nachtragen von Büchern usw.

BAUTEN
JEDEN ART
ARCHITEKTEN
M.W. FEISTEL
DR. DR. KURT POTZSCH
CHEMNITZ
ZASCHOPAUER STR. 3
RUF 7002

Um Siefen Bernh. Lang
geöffnet 8.30, am Brühl
Berlin, Bleichstraße, Wia,
Graupenstraße, Ernst-Goba

Transmissionen



Hofmann & Sohn,
Maschinenfabrik,
Lößnitz-Dittersdorf.
Fernsprecher Amt Aue 740.

Wipperfürth o. Görlitz 15 M.
vom Waffentag 5.50 M.
Neu-Wipperfürth von 55 M. an.
Lieferung schnellstmögl.
Aue, Wettinerstr. 8.

la Holsteinische
Tafelbutter

In Doppelpaten per Rationnahme
zu Zollgruppen verliehen
W. Langbehn,
Eutin (Holstein).

Pianos
Harmoniums
beste Fabrikate.

Stimmen u. Reparaturen fachgemäß.
Eigene Fabrikation sämtlicher
Streich-, Zupf- und Blas-Instr.

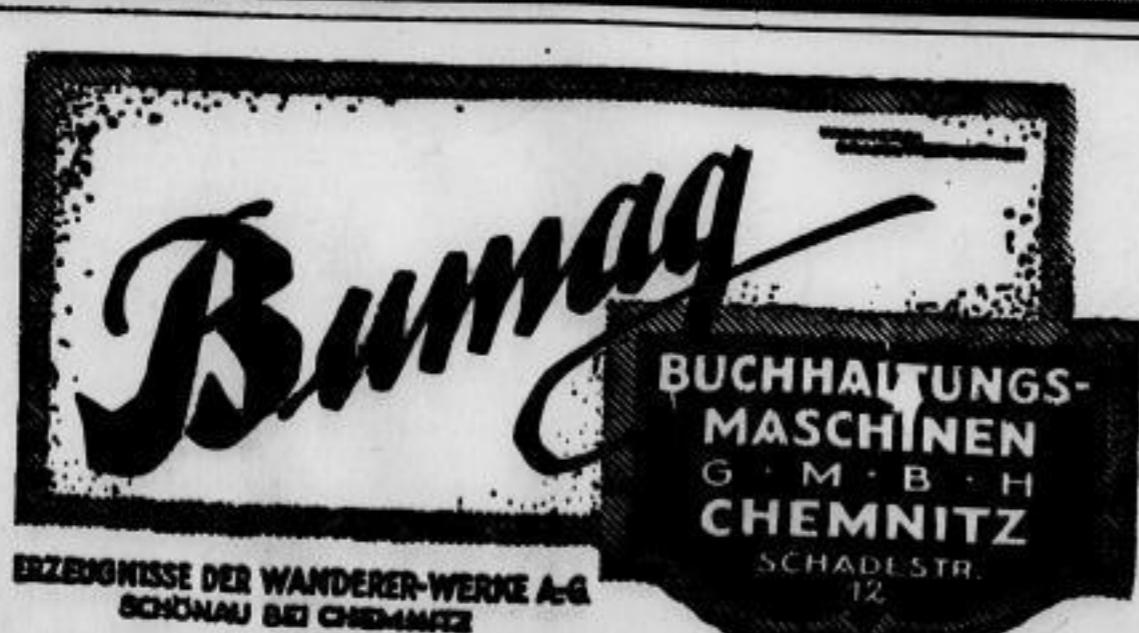
Auer Musikhaus, Aue
A. Gottschütz
Fernsprecher Nr. 612
Wettinerstraße Nr. 19.

Billiger Tabak

in 1 Pfund-Paketen, 2, 4 und 8 mm Schnittbreite
pr. Pfund 2.20 G.-M. in bekannter bester Qualität

Hans Epperlein, Tabak-
Fabrik, Leisnig Sa.
Verkaufsstellen:
A. Baumgarten, Aue, Schlossberger Straße 10a.
Dr. Schlett, Aue, Hindenburgstraße 10a.

Bernh. Lang, Aue, Seifengeschäft, Reichstr. 3.



Edmildie
ausgefertigte Seifen u. Waschmittel

aus. Und Elite-Erzeugnisse nur aus allerbesten Delen u.
Rohstoffen hergestellt. - Grundprinzip: billige minderwertige
u. Waschmittel werden nicht eingekauft und verkauft.